



Haußmann: Land muss für digitalen Nachweis einer medizinisch nicht möglichen Impfung sorgen

2-G-Regelung unverhältnismäßig und Umsetzung mit Papiernachweisen völlig unzeitgemäß.

Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, **Jochen Haußmann**, kritisiert im Zusammenhang mit der 2-G-Regelung den fehlenden digitalen Nachweis einer aus medizinischen Gründen nicht möglichen Impfung. In diesem Zusammenhang sagte er:

„Die grün-schwarze Landesregierung sieht vor, dass Personen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht gegen COVID-19 Impfen lassen können ein ärztliches Attest vorlegen müssen. Papierlösungen sind nicht mehr zeitgemäß. Ich fordere deshalb eine digitale Lösung wie beim Impfnachweis. So wäre es für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger deutlich unkomplizierter, den entsprechenden Nachweis liefern zu können. Ich kann es nicht akzeptieren, dass sich das Land hier hinter dem Bund einreihen will. Unser Anspruch in Baden-Württemberg muss es sein, innovativ und digital zu sein. Hier muss also dringend nachgearbeitet werden. Die 2-G-Regelung haben wir bereits mehrfach als unverhältnismäßig kritisiert, sie ist aber auch administrativ nur Stückwerk.“